

Eröffnungsbeitrag „Leerstand mit Leben füllen“

25.3.2023 vor Marktstr. 194

Seit Jahren erleben wir in Deutschland und zunehmend auch in KR eine schwere Wohnungskrise – ein Ende ist nicht absehbar.

Während Immobilienkonzerne, Investor*innen und Eigentümer*innen sich goldene Nasen verdienen, leben breite Bevölkerungsschichten in ständiger Sorge vor steigenden Mieten und Verdrängung.

Trotz der von Immobilien- und Bauwirtschaft und den mit ihnen verbundenen Parteien immer wieder platzierten Losung „Bauen, Bauen, Bauen“ bleibt bezahlbarer Wohnraum eine Mangelware.

Fast jeder Umzug in eine Neubauwohnung ist Umzug in eine teurere Wohnung und die frei werdende Wohnung wird ebenfalls teuer. Wohnungen sind keine Gebrauchtwagen, die bei Nutzung an Wert verlieren.

Bauen nützt vor allem dann, wenn auch preisgünstige bzw. Sozialwohnungen errichtet werden. Die werden aber immer weniger, obwohl der Bau von dauerhaft preisgünstigen Sozialwohnungen für die öffentliche Hand eine wesentlich effektivere Subvention wäre als die Dauersubventionierung der Vermieter durch Wohngeld.

Mit der Klimakrise vertieft sich zudem die soziale Spaltung, solange Wohnungs- und Klimapolitik weiter getrennt behandelt werden.

Denn Energiekrise und Sanierungs- und Modernisierungsprojekte bringen Profite für Konzerne und Vermieter*innen, solange die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden können.

Besonders betroffen vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind neben Geringverdienenden vor allem benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete oder Wohnungs- und Obdachlose, sowie von Gewalt betroffene Frauen, denen das Recht auf Stadt und Wohnen systematisch verweigert wird.

Die Situation ist dramatisch, doch die herrschende Wohnungspolitik in Bund und Ländern bewegt sich kaum. Demgegenüber haben Mietenbewegung und kritische Wissenschaft in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt: Bezahlbarer Wohnraum ist möglich!

Es gibt Konzepte, Strategien und praktische Erfahrungen, wie sich Mietenwahnsinn und Wohnungsnot wirksam bekämpfen lassen.

Es geht ums Ganze:

Es geht um Enteignung und Vergesellschaftung, es geht um mehr Transparenz, mehr Gemeinwohlorientierung, mehr ökologische und sozial gerechte Stadtentwicklung, mehr Daseinsvorsorge, mehr Mietendeckel und weniger Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen, mehr kollektive Trägerschaft, mehr gemeinwohlorientierte Bodenpolitik.

Das alles als Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und für lebenswerte Städte für ALLE.

Denn der Markt reguliert es nicht.

Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes mit der Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit seit den 1990er Jahren hat nicht wie versprochen zu mehr leistbarem Wohnraum geführt, sondern vielmehr zu Wohnungsknappheit, Mietsteigerungen und zu einer Umstrukturierung von Teilen des Wohnungsmarktes durch die Einführung der Finanzmarktlogik.

Das führt zu einer Enteignung von Mieter*innen.

Gegen all das regt sich Widerstand. Immer mehr Menschen engagieren sich für eine rebellische und solidarische Stadtpolitik: sie verweigern sich Räumungsbeschlüssen, schließen sich als Hausgemeinschaften zusammen, organisieren politische und kreative Räume, recherchieren Besitzverhältnisse und setzen kommunale Politik und Landesregierungen unter Druck.

Ja, es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen, Stadt ist keine Ware.

Während sich die Klimakatastrophe weiter zuspitzt und sozialen Folgen der Corona-Pandemie längst nicht überwunden sind, neue und alte Kriege und Konflikte Menschen zur Flucht zwingen und rechte Mobilisierungen ihre Chance wittern, werden unsere Städte von einer Lebenshaltungskosten- und Energiepreiskrise erschüttert.

Am härtesten trifft es diejenigen, die vorher schon wenig hatten.

Arme Haushalte geben einen höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Miete, Strom und Heizung aus.

2020 lag die so genannte Wohnkostenbelastung in Deutschland insgesamt bei knapp 22 Prozent.
Bei armutsgefährdeten Haushalten betrug dieser Wert 43 Prozent.

Besonders betroffen sind Single-Haushalte: Sie wenden 47 Prozent ihrer Einkommen für Wohnkosten auf.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Verhältnisse dermaßen zuspitzen und viele nicht mehr weiter wissen, ist der Kampf um eine solidarische Stadt für alle besonders wichtig!

Wenn die gestiegenen Wohnkosten nicht mit Wohngeld, Bürgergeld und anderen Sozialleistungen mehr schlecht als recht subventioniert würden, wären viele vom Verlust ihrer Wohnung bedroht.

Wir erleben die Aushöhlung eines sozialen Grundrechts.

Auch in KR sind die Wohnkosten nicht erst seit dem Energiepreisschock enorm gestiegen. Sozialwohnungen fallen rapide aus der Bindung. Das Angebot an bezahlbaren Wohnungen reicht nicht aus.

Nach IG BAU und Deutschem Mieterbund fehlen 700.000 günstige Wohneinheiten in Deutschland.

400.000 Wohnungen wollte die Bundesregierung jährlich neu bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen. Das Vorhaben ist schon im Anlauf gescheitert.

L.W.